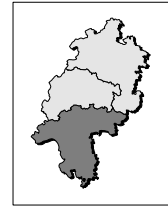


REGIONALVERSAMMLUNG SÜDHESSEN

Regierungspräsidium Darmstadt

- Geschäftsstelle -



Drucksache für die Regionalversammlung Südhessen

Nr.: VIII / 14.22.5

Az. III 31.1 - 93 b 10/01	Sitzungstag : 24.06.2016 - HPA 01.07.2016 - RVS	Tagesordnungspunkt : -1- -1-	Anlagen : -1- -1-
---------------------------	---	------------------------------------	-------------------------

Beschlussfassung über die Aufstellung des Sachlichen Teilplans Erneuerbare Energien

hier: Behandlung der Stellungnahmen aus der ersten Beteiligung zu den Vorranggebieten für Windenergienutzung sowie den Themen Allgemeines, Sonstige Energien (soweit noch nicht behandelt) und Umweltbericht

Gemeinsamer Antrag der CDU- und SPD-Fraktion zu Drs. VIII / 14.22 vom 23.06.2016 mit der Bitte um Kenntnisnahme.

An den Vorsitzenden der RVS
Herrn Martin Herkströter
Wilhelminenstraße 1-3
64283 Darmstadt

23.06.2016

**Gemeinsamer Antrag von
CDU- und SPD-Fraktion in der Regionalversammlung Südhessen
zu Drucksache VIII/14.22**

Die Beratung des Teilplanes Erneuerbare Energien wird auf die neue Wahlperiode der Regionalversammlung Südhessen vertagt.

Die Fraktionen von SPD und CDU in der Regionalversammlung bekräftigen ihre Entschlossenheit, möglichst zügig die Offenlage zu beschließen.

Regierungspräsidium und Wirtschaftsministerium werden gebeten, die hierfür notwendigen Voraussetzungen baldmöglichst zu schaffen.

Begründung:

Das Regierungspräsidium Darmstadt hat die Fraktionen der Regionalversammlung eine Woche vor Beginn der Beratung von insgesamt 14 Aktenordnern, in denen die Abwägung der im Rahmen des ersten Beteiligungsverfahrens eingegangenen Hinweise dargestellt wird, über eine rechtlich zweifelhafte und in jedem Fall nicht praktikable Rechtsauffassung zum Interessenwiderstreit von Mitgliedern der Regionalversammlung Südhessen hingewiesen. Obwohl in Besprechungen der Fraktions-Geschäftsführer mit der Geschäftsstelle des Regierungspräsidiums Darmstadt bereits seit über einem Jahr auf die Problematik des HGO 25 (Interessenwiderstreit) bei der Ausweisung von Vorranggebieten hingewiesen wurde, ist die Rechtsauffassung des Regierungspräsidiums erst unmittelbar vor Eintritt in die Beratungen vorgelegt worden. Noch vor über einem halben Jahr war vom Regierungspräsidium Darmstadt - im Gegensatz zum Regierungspräsidium Mittelhessen - die Auffassung vertreten worden, dass ein Interessenwiderstreit bei der Beratung von Vorrangflächen für die Windenergie nicht vorliegen kann.

Eine Beratung in der Regionalversammlung Südhessen kann unter Beachtung der Rechtssicherheit erst dann beginnen, wenn vom Regierungspräsidium eine zwischen der Obersten Landesplanungsbehörde (Wirtschaftsministerium) und der Kommunalaufsicht (Innenministerium) abgestimmter Erlass zur Behandlung der Frage des Interessenwiderstreits in der Regionalversammlung vorliegt.

Ebenfalls weniger als eine Woche vor Eintritt in die Beratungen wurde durch einen Erlass des Umweltministerium u.a. in Bezug auf die Wochenstube der Mopsfledermaus eine bis dahin geltende Richtlinie korrigiert, an der sich das Regierungspräsidium Südhessen orientiert hat. Auch dieser Erlass ist widersprüchlich und kündigt eine Konkretisierung an. Im Gebiet der Regionalversammlung Südhessen hat dies Auswirkungen auf 20 bis 30 Vorranggebiete, die nun erneut in eine Abwägung einbezogen werden müssen. Mit einer entsprechend überarbeiteten Beratungsvorlage ist laut Regierungspräsidium erst gegen Ende des Jahres 2016 zu rechnen. Auch aus diesem Grund können die Beratungen von der Regionalversammlung erst in der neuen Wahlperiode fortgeführt werden.

Die Regionalversammlung erwartet insbesondere vom hierfür verantwortlichen Wirtschaftsministerium, dass es dafür Sorge trägt, dass in den hessischen Regionen auf gleichen rechtlichen Grundlagen und Handlungsleitungen Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung ausgewiesen werden können, die rechtlichen Bestand haben können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Jürgen Banzer
CDU-Fraktionsvorsitzender

gez. Harald Schindler
SPD-Fraktionsvorsitzender

F. d. R.

Bernd Röttger
Fraktionsgeschäftsführer

Kai Gerfelder
Fraktionsgeschäftsführer